Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube – auch wenn in Usingen die Anhörung für die Nordostumgehung bald beginnt, ist es für Sekt zu früh. Massive Einwände sind zu erwarten, die noch nicht einmal das größte Hindernis darstellen. Sollte die Planfeststellung irgendwann zu Ende sein, folgt die Klageflut. Und die verhindert – bestes Beispiel Oberursel – auf zig Jahre den Bau.

Was die Brunnenstadt einst versäumte, könnte und müsste in Usingen wohlweislich besser gemacht werden: das Gespräch mit den Gegnern suchen, ihre Einwände ernst nehmen, zugleich aber in Diskussionen verdeutlichen, wie wichtig diese Straße für die gesamte Innenstadt ist – und dass eine Alternative nicht besteht. Auf jeden Fall keine, die einen Straßenbau vor 2040 möglich macht. Bleiben die beiden Gruppen aber unversöhnlich in ihren jeweiligen Schützengräben ohne Aussicht auf Annäherung, gibt es am Ende nur Verlierer, vor allem die Innenstadt Usingens und ihre Anwohner.

Zum Gespräch gehört aber auch der Mut, über den eigenen Schatten zu springen, polemische Angriffe zu vergessen und bei aller Schärfe der Diskussion gelassen zu bleiben. Dies ist vorrangig Aufgabe der Politik auf allen Ebenen – Verwaltung wie Parlament –, die mehr in den politischen und verwaltungstechnischen Abläufen zu Hause sind als Bürger, die erst jüngst entdeckt haben, dass eine Umgehung gebaut wird. Und: Die Zeit wird knapp für die notwendigen Überzeugungsgespräche. —

Von knapper Zeit hingegen kann in Bad Homburg und dem Nadelöhr PPR-Kreuzung keine Rede sein. Die erst diese Woche geäußerte Hoffnung, ein Planfeststellungsverfahren für den Tunnel könnte noch 2008 erfolgen, lockt den Menschen im Stau noch nicht einmal mehr ein müdes Lächeln hervor. Das hydrogeologische Gutachten liegt noch nicht vor, schon wird vom Bau gesprochen. Was, wenn das Gutachten nicht positiv ausfällt? Wenn die Kosten noch mehr explodieren? Von der bereits oben genannten Klageflut von Anwohnern ganz abgesehen, die auch am PPR-Knoten zu erwarten ist. Vielleicht schnippelt der dann amtierende Landrat just in dem Moment das Band zur Tunnelfreigabe durch, wenn in 30 Jahren der letzte Öltropfen aus den arabischen Leitungen kommt.

Dass in Grävenwiesbach der ganz große Aufschrei noch nicht

Andreas Burger

erfolgt ist, dürfte wohl daran liegen, dass die in dieser Woche erfolgte Mitteilung zu den Saarwerken noch nicht so richtig durchgedrungen ist. Eine Müllumladestation soll eingerichtet werden. Recycling? Randerscheinung. Die Rhein-Main-Deponie will dort den Müll aus dem Altkreis sammeln, sortieren und den größten Teil zur Müllverbrennung nach Frankfurt karren. Und das ganze, so die Information an die Politik, mit acht Lastwagenladungen am Tag. Wobei noch Grünschnitt verarbeitet, ein Biomasse-Heizkraftwerk errichtet und eine Holzpelletieranlage gebaut werden sollen. Dann könnte man doch – um die Vielfalt der Pläne zu ergänzen – gleich noch eine Waschstraße, einen Flughafen und einen Zoo einrichten.

Die politische Begeisterung hielt sich in Grenzen. Aber Ablehnung? Prüfung? Beratung? Fehlanzeige. Zustimmung wegen des Aspekts der „Wirtschaftsförderung". Der einzige, der sich tatsächlich noch erinnerte, dass dort ein Naherholungsgebiet ist, war dann der SPD-Frontmann Hans-Georg Weigel, während die Grüne zum bunten Branchenmix noch einen Solarpark haben möchte.

Wie hilflos, wie wenig geplant und wohl auch wie wenig ernst gemeint das Ganze ist, zeigten dann die Äußerungen von den RMD-Geschäftsführern Markus Töpfer und Gerd Mehler, die das Areal Gerüchten zufolge noch vom damaligen Landrat Jürgen Banzer aufs Auge gedrückt bekamen. „Die RMD hat sich um dieses Gelände nicht gerissen", formulierte Mehler. Und: Wenn jemand andere Interessenten fürs Areal habe, könne man gerne in Verhandlungen eintreten. Man macht sich schon mal Gegner. Freiwillig.

Keine Vorwürfe an die RMD. Das Areal, das sich so fernab befindet, dass dort kein Schuh verrotten will, ist nicht zu verwerten, außer für ungeliebte Industriezweige. Wenn eine Müllumladestation auf den ehemaligen Saarwerken wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, dann sollten alle Beteiligten im wahrsten Sinn des Wortes Gras über die Sache wachsen lassen.